

Gerhard Schüsselbauer, Gesamteuropäisches Studienwerk e.V., Vlotho



UNGARN (MAGYARORSZÁG)

Fläche	93 036 km² (größer als bspw. Bayern)
Einwohner	9,9 Mio. Einwohner (vgl. Baden-Württemberg – 10,7 Mio. EW)
Einwohner/km²	107 Einwohner / km²
Hauptstadt	Budapest (1,73 Mio. Einwohner, vgl. Hamburg oder Wien)
Staatsform	Parlamentarische Republik Ungarn verfügt über ein Einkammersystem mit einem Staatspräsidenten (János Áder, seit Mai 2012) als Staatsoberhaupt, der die Regierung ernennt und repräsentative Aufgaben wahrnimmt. Die Parlamentswahlen vom April 2014 hoben erneut den Ministerpräsidenten Viktor Orbán der national-konservativen Partei Fidesz mit einer deutlichen Mehrheit ins Amt. Das Parlament wurde deutlich auf nunmehr 199 Sitze verkleinert und das Wahlrecht geändert.
Religion	6,6 Mio. Katholiken, 2 Mio. Calvinisten, 430.000 Lutheraner, ferner orthodoxe Christen, Juden und Muslime
BIP/Einwohner	19.500 € (nach Kaufkraftstandard, 2015) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 35.900 € Niveau des BIP/Kopf: 68 % des Durchschnitts der EU (28)
BIP-Wachstumsrate	2,9 % (2015), 2,3 % (Prognose 2016)
Inflationsrate	0,1 % (2015), 1,6 % (Prognose 2016)
Arbeitslosenquote	6,8 % (2015), 6,0 % (Prognose 2016)
davon Anteil der Beschäftigten in:	
Landwirtschaft: 4,0 %	Industrie: 29,6 %
	Dienstleistung + Staat: 66,4 %

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ nach Jahrzehnten der sowjetischen Zwangsherrschaft) genoss der am **1. Mai 2004** erfolgte **Beitritt** Ungarns zur **EU** einen sehr hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer über 1000-jährigen Geschichte, auch wenn die Ungarn/Magyaren ethnisch betrachtet ursprünglich aus dem Inneren Asiens stammen und so ihre eigene finno-ugrische Sprache nach Europa brachten. Nach der Niederlage auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahr 955 gegen König Otto I, den späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches HRR, hat Ungarn während seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen dienen kann. Schon die Heirat des im Jahr 1000 gekrönten Heiligen Stephan I. mit Gisela, der Schwester des HRR Kaisers Heinrich II.,

trug zur Einbindung Ungarns in die feudale Herrschaftsarchitektur in Europa bei, die insbesondere in die Hochphase, aber auch den Niedergang der Habsburger k.u.k. Donaumonarchie mündete.

Ungarn hat sehr viele Wissenschaftler (häufig jüdischer Herkunft), Nobelpreisträger und auch Olympiasieger hervorgebracht. Auch der Einfluss von ausgewanderten Menschen ungarischer Abstammung nach Hollywood im 20. Jahrhundert ist bemerkenswert!

Da Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hat bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die Mitgliedschaft in der EU weniger als Souveränitätseinbuße verstanden, sondern als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit März 1999 ist Ungarn auch **Mitglied in der NATO**. Darüber hinaus legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine, Serbien, Kroatien, Slowenien und Österreich) und die Unterstützung der dort lebenden, zahlenmäßig sehr bedeutsamen ungarischen Minderheiten. Allein in Rumänien leben ca. 1,6 Mio. Menschen ungarischer ethnischer Abstammung. In der Slowakei sind das ca. 550.000, in Serbien ca. 300.000 Menschen. Insgesamt leben etwa 4,5 Mio. ethnische Ungarn außerhalb der Landesgrenzen.

Von der seit 2004 bestehenden EU-Vollmitgliedschaft erhoffte sich Ungarn

- die endgültige „**Rückkehr**“ in die westliche Welt und Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit im kollektiven Zwangssystem
- **Stabilität** und **Sicherheit** für das Land, das an viele südosteuropäische Länder grenzt (Serbien, Kroatien, Rumänien)
- Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung der Volkswirtschaft**, den Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt (europäischer Kernraum) und die **Stabilisierung der Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Ungarn bewusst, dass in der Europäischen Union das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und soziale Diskrepanzen im Lande als problematisch bewertet werden. Zudem ist klar, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich wollten ihre Arbeitsmärkte für ungarische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer nicht vor 2011 öffnen. Mittlerweile gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit uneingeschränkt!
- vor allem eine zügige **Verbesserung des Lebensstandards**, wobei den EU-Sozialstandards große Bedeutung beigemessen wird.

Der Beitritt möglichst weiterer mittel- und südosteuropäischer Staaten zur EU lag immer im Interesse Ungarn. Auch die seit 2007 bestehende EU-Vollmitgliedschaft Rumäniens, gerade wegen der dort lebenden **ungarischen Minderheit**, sowie Bulgariens wurde stets gut geheißen und der Beitritt Kroatiens wurde ebenfalls nachhaltig unterstützt. Dadurch soll die Gefahr einer neuen Teilung Europas gebannt und die Spaltung in ein wohlhabendes, stabiles Westeuropa und ein instabiles Osteuropa vermieden werden. Auch dem gegenwärtig auf EU-Ebene zu verhandelnden Beitritt der Türkei steht die offizielle ungarische Politik positiv gegenüber, wenn seitens der Türkei die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt werden können. Momentan muss man diese Entwicklung wegen der enormen Spannungen und Konflikte innerhalb der Türkei jedoch mit großer Sorge betrachten. Historische Feindseligkeiten aufgrund der mehr als 150 Jahre dauernden türkischen Fremdherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert spielen in dieser Frage offenbar keine Rolle.

Das politische System seit 1989 im Rückblick

Ungarn löste sich schon in den 1970er und 1980er Jahren langsam und gradualistisch von dem autoritären sozialistischen System (Stichwort: „Gulaschkommunismus“). Seit Ende der 1980er Jahre entwickelte sich eine parlamentarische Demokratie. Ungarns Wende war nicht durch eine gesellschaftliche Revolution oder einen Umsturz geprägt, sondern maßgeblich durch Kräfte des Reformsozialismus innerhalb der ehemaligen kommunistischen Partei MSZMP bestimmt. Dies unterscheidet die Entwicklung in Ungarn deutlich von der Wende in der ehemaligen DDR oder dem Druck seitens der anti-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen. Gleichwohl bildete sich auch in Ungarn eine starke anti-kommunistische Protestbewegung heraus.

Ungarn gelang in den Jahren **1989/1990** der **friedliche Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem**. Der friedliche Wechsel von Regierungen zeugt von der relativen Stabilität der ungarischen Demokratie. Auch wenn der politische Konsolidierungsprozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, verfügt Ungarn über eine relativ breite parlamentarische Parteienstruktur sowie momentan stabile Regierungs- und Koalitionsverhältnisse. Das Parteiensystem (sozialdemokratische/postsozialistische und linksliberale Richtung sowie bürgerlich-konservative Richtung) zeigte in der Vergangenheit die Polarisierung der politischen Landschaft. In Folge der Parlamentswahlen im Jahre 2002 wurde die Mitte-Rechts-Regierung von einer postsozialistisch-linksliberalen Koalition abgelöst. Der Beitritt zur EU 2004 war auch für die damalige Regierung das vorrangige Ziel. Insofern war auch hier Kontinuität zu beobachten.

Mittlerweile ist das ungarische Verfassungsgericht – es entspricht in etwa dem deutschen Bundesverfassungsgericht – zu einer populären staatlichen Institution geworden. Die Minderheiten in Ungarn haben das Recht, sich selbst zu verwalten und ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Jedoch sind die individuellen und kollektiven Rechte der ethnischen Gruppe der Roma noch immer ungenügend. Ihr Ausbildungsstand und ihre Lebensbedingungen liegen deutlich unter denen der Mehrheit der ungarischen Bevölkerung. Die Kernfrage richtet sich hier nach den Möglichkeiten und dem Willen zur sozialen Inklusion der Roma-Minderheit.

Auch die zunehmende regionale Kooperation mit den Nachbarstaaten und die Klärung von Minderheitenfragen mit den Nachbarn im Rahmen von Grundlagenverträgen waren sehr gute Voraussetzungen für den EU-Beitritt. Die Öffnungen bisheriger Grenzübergänge (beispielsweise mit der Slowakischen Republik) schafften günstige Voraussetzungen für eine zunehmende ökonomische und kulturelle Verflechtung. Getrübt wurde das Bild jedoch massiv durch starke populistische Strömungen sowohl in der Slowakei als auch in Ungarn, die die Minderheiten in den letzten Jahren gegeneinander aufhetzten. Trotz der latenten oder auch offen ausgetragenen Spannungen wuchs der Handel und die wirtschaftliche Verflechtung Ungarns mit seinen direkten Nachbarn in den beiden letzten Jahrzehnten dynamischer als der Handel mit der EU.

Politik heute (2007 bis 2016)

Der Wahlkampf im Frühjahr 2014 geriet ganz im Gegensatz zur dramatischen Auseinandersetzung in den Jahren 2006 und 2010, die von einer personalisierten Zuspitzung des Duells zwischen **Ferenc Gyurcsány**, dem bis 2006 amtierenden Ministerpräsidenten und dem damaligen Herausforderer **Viktor Orbán** (bereits Ministerpräsident von 1998 bis 2002), gekennzeichnet war, zu einer diesmal wenig aufregenden Veranstaltung. Zu klar waren die neuen Machtverhältnisse absehbar, die durch die Parlamentswahlen vom April 2014 wiederum eine Zweidrittel-Mehrheit für die bürgerlich-konservative Partei Fidesz hervorbrachten. Viktor Orbán sah stets in der gesamten Partei der Ungarischen Sozialisten MSZP die perfekte Verkörperung der „Luxuslinken“, die soziale Gerechtigkeit predigen und selbst auf äußerst

zweifelhafte Weise zu materiellem Wohlstand gekommen sind. Der Wahlausgang zeigte, dass die Ungarn mit weiterhin großer Mehrheit den national-konservativen Kurs von Orbáns Regierung unterstützen und keine Mehrheit für die von 2002 bis 2006 regierende sozialistische Linke möglich ist. Die diesmal wenig polarisierende Kampagne des ultrakonservativen Lagers unter Führung von Orbán, bei der inhaltliche Fragen klar dominierten, brachte somit 2014 den vom konservativen Parteienspektrum intendierten Machterhalt, was zu weiteren weitreichenden Verfassungs- und Rechtsänderungen führte.

Fidesz-Regierung ab 2010 mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit

Die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung verlief nur sehr vordergründig entlang der Linie Anti-Kommunismus (frühere Oppositionspartei und nun Regierungspartei Fidesz) versus Post-Kommunismus (Ungarische Sozialistische Partei MSZP). Vielmehr ging es in den letzten Jahren um völlig divergierende Positionen des vormals **oppositionellen konservativ-bürgerlichen Lagers**, das nicht davor zurückschreckte, in der Gesellschaftspolitik populistische Töne anzuschlagen, die gepaart sind mit linken, interventionistisch orientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Ansätzen. Diese Positionen prallten in einem permanenten Diskurs, der bisweilen außerparlamentarisch ausgetragen wurde, auf **post-sozialistische, linksliberale Ansätze**, die in Wirklichkeit die Reformunfähigkeit und den unbedingten Machterhaltungswillen der ehemaligen sozialistisch-linksliberalen Regierungskoalition offenbarten. Der knapp abgewendete Staatsbankrott aufgrund der völlig zerrütteten Staatsfinanzen, der im Gefolge der Weltfinanzkrise und weltweiten Rezession massiv offenkundig wurde, erschwerte die Reformbemühungen zusehends.

Ungarn wurde von der Weltwirtschaftskrise ab 2008 besonders hart getroffen. Nach Angaben des nationalen Statistikamtes stieg die Arbeitslosenquote zwischen Dezember 2008 und dem Winter 2013 auf über 11 Prozent. Ende des Jahres 2008 musste die Regierung sogar Kredite von rund 25 Milliarden Dollar (19 Milliarden Euro) beim Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU-Institutionen beantragen. Diese Kredite wurden in den Folgejahren bis Anfang 2014 unter harten Sparauflagen zurückgezahlt.

Schon bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 kam es zu einem wenig überraschenden, erdrutschartigen Sieg der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz und der rechtsextremen Partei Jobbik („Die Besseren“ bzw. „Die Rechten“). Diese Entwicklung zeigt sowohl die mangelnde Konsolidierung der demokratischen Parteienstruktur in Ungarn als auch den massiven Zulauf zu rechtsnationalen, bisweilen extremistischen Tendenzen. Diese Entwicklung setzte sich nun bei den richtungsweisenden Parlamentswahlen 2010 sowie 2014 fort. Die Sozialisten gewannen gerade noch 38 der 199 Sitze im ungarischen Parlament, das drastisch verkleinert wurde. Zudem bevorzugt die Wahlrechtsreform eindeutig die amtierende Fidesz-Partei über die Regelung der Direktmandate. Die rechtsextremen Jobbik kamen auf immerhin 23 Abgeordnete und profitierten überaus stark vom Bodensatz der Unzufriedenen, die sich von populistischen Parolen vereinnahmen lassen. Den Überraschungssieg von 2010 konnte die urbane grün-alternative Bewegung LMP „Lehet Más a Politika“ („Politik kann anders sein“) diesmal nicht wiederholen, denn nur knapp fünf Prozent der Wählerstimmen konnten errungen werden. Diese Entwicklung zeigt, dass es auch in einem postsozialistisch geprägten Land wie Ungarn möglich ist, mit einem Parteiprogramm Wählerstimmen zu gewinnen, das moderne politische Aspekte wie Ökologie und Bürgerrechte aufgreift. Jedoch fristet diese Partei eher ein Nischendasein und kann den nationalkonservativen „Mainstream“ nicht in Verlegenheit bringen.

Die größten Herausforderungen für die Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán liegen nach wie vor in folgenden Punkten:

- Überwindung der vormals tiefen Wirtschaftskrise und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung des einheimischen KMU-Sektors (kleine und mittelständische Unternehmen)

- Abbau der Bürokratie und Günstlingswirtschaft sowie Zurückdrängung der grassierenden Korruption
- Deutliche inhaltliche Abgrenzung von der rechtsextremen, anti-semitischen und roma-feindlichen Partei „Jobbik“
- Reaktionen auf den Flüchtlingszustrom seit Frühjahr 2015 durch besonders drastische Maßnahmen der Abschottung und Abschreckung von Flüchtlingen (Grenzzaun, unkontrolliertes Weiterleiten der Flüchtlingsströme)

Dazu genießt Orbán sowohl weiterhin die „Super-Mehrheit“ im ungarischen Parlament als auch den Rückhalt einer breiten Bevölkerungsmehrheit. Allerdings erodierte die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung wegen der autoritären Amtsführung Orbáns, der mangelnden wirtschaftlichen Konsolidierung sowie der enormen Schwierigkeiten mit der EU-Kommission, die immer wieder die Defizite in der Rechtsstaatlichkeit anmahnt und daher Strukturfonds zwischenzeitlich sogar auf Eis legte.

Großes internationales Aufsehen und Besorgnis löste die im April 2011 verabschiedete neue Verfassung Ungarns aus. Übersteigerte nationalpatriotische Inhalte paaren sich mit einer Betonung des „homogenen“ Ungarntums, einem Abgesang an den republikanischen Geist mit Kernelementen der Gewaltenteilung und einer Beschneidung des Verfassungsgerichtes in Fragen des Staatshaushaltes. Mit der neuen Verfassung soll die Macht der nationalkonservativen Kräfte endgültig zementiert werden. Darüber hinaus gilt seit Ende 2010 ein neues Mediengesetz mit einem von der regierenden Partei Fidesz kontrollierten Medienkontrollorgan. Viele internationale und unabhängige Beobachter bezeichnen die Medienpolitik als Einführung einer staatlichen Zensur zugunsten der regierenden Partei. Sogar der US-amerikanische „Skandal-Rapper“ Ice-T bekam schon am 1. Januar 2011 die Wirkung dieses neuen Mediengesetzes zu spüren, als ein alternativer Radiosender (Tilos Rádió) einen Rap-Song mit angeblich jugendgefährdendem Inhalt von ihm spielte und daraufhin staatlicherseits verklagt wurde.

Flüchtlingspolitik ab 2015

Die Flüchtlingspolitik der ultrakonservativen Regierung Viktor Orbáns erregte nicht nur EU-weit, sondern weltweit großes Aufsehen. Bekannt geworden sind vor allem Fernsehberichte und Fotos von schlechten humanitären Zuständen für Flüchtlinge in Ungarn und Budapest im Sommer 2015, von martialischen Soldaten und markigen Worten des Ministerpräsidenten, der die gesamte Flüchtlingsproblematik Deutschland zuschieben wollte (O-Ton Viktor Orbán: „This is Germany’s problem!“). Fakt ist, dass Ungarn von allen EU-Ländern bis Oktober 2015 mit Abstand die meisten Asylbewerber pro Einwohner aufgenommen hat und damit weit vor Österreich, Schweden oder Deutschland lag. Die drastischen und von weiten Teilen der Bevölkerung wohlwollend aufgenommenen Maßnahmen der ungarischen Regierung mit Errichtung von Grenzzäunen, die von bewaffneten Soldaten bewacht werden, legen die starke Vermutung nahe, dass es Orbán und seiner Regierung vor allem um Abschottung und Abschreckung geht. Politisches Asyl wird somit faktisch unmöglich in Ungarn. Der nationalstaatliche Reflex dominiert ganz eindeutig über dem europäischen Solidaritätsgedanken. Nur wenige oppositionelle Kreise oder NGOs von jungen, engagierten BürgerInnen oder Studierenden kritisieren dies als skandalöse Politik der Isolation und menschenfeindlichen Abschottung. Symbolisch hielt im Sommer 2015 eine Studentin ein Transparent hoch mit der Aufschrift „Dear Refugees! Welcome, but sorry for our Prime Minister!“ Auch das im Oktober 2016 abgehaltene und letztlich ungültige Referendum zur Entscheidung über die Aufnahme von Flüchtlingen trug dazu bei, dass sich vermehrt zivilgesellschaftlicher Widerstand formiert.

Die ultrakonservative Politik der Regierung Viktor Orbáns stellt nicht nur einen Abgesang an die europäische Wertetradition dar, sondern soll dazu dienen, eine pseudo-homogene ungarische Gesellschaft (eine homogene ungarische Gesellschaft gab es auch in der Vergangenheit nie!) durch massive Abschreckung zu bewahren. In Wirklichkeit ähnelt die geistige Einstellung Orbáns sehr derjenigen Wladimir Putins, der dem Westen immer wieder voraussagt, dass er an seinem multikulturellen, offenen und liberalen Gesellschaftsbild zugrunde gehen wird. Gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden der nationalkonservativen polnischen Partei PiS („Recht und Gerechtigkeit“), Jarosław Kaczyński, fordert er eine „Gegenrevolution“ in Europa zur Stärkung der Nationalstaaten und zur Schwächung der gemeinschaftlichen EU-Kompromisse.

Sozialpolitik

Die Einführung eines gemischten privat-öffentlichen **Rentensystems** auf drei Säulen schon im Jahre 1998 stellte einen großen Schritt hin zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen dar. Diese Maßnahme ist auch deshalb sehr wichtig, da Ungarn wie Deutschland oder andere europäische Länder auch eine schrumpfende Bevölkerung aufweist. Ein immer kleinerer Teil von jungen Erwerbstätigen müsste dann also in Zukunft einen immer größeren Teil von Rentner/innen versorgen. Dies kann nur geschehen, wenn auch private Rentenvorsorge getroffen wird und zugleich das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben wird, oder indem ein verstärkter Zuzug von Migranten in den Arbeitsmarkt stattfindet.

Mit der Reform des immer noch maroden **Gesundheitswesens** wurde erst begonnen. Diese Reform stellt eines der Kernstücke der rechts-konservativen Regierung dar. Vor allem in diesem sozialpolitisch äußerst brisanten Punkt wird sich die Reformfähigkeit zeigen müssen. Die massiven Spannungen, hervorgerufen bspw. durch Skandale und Krankenhausschließungen und weitere Einschnitte im sozialen System stellen die Gesellschaft immer wieder vor Zerreißproben.

Eine weitere immense Herausforderung besteht darin, der wachsenden Minderheit der **Roma** einen fairen Zugang zu langfristigen Arbeitsplätzen außerhalb des öffentlichen Dienstes und der Sozialverwaltung zu verschaffen sowie die bildungspolitische Integration dieser sozial diskriminierten Bevölkerungsgruppe voranzubringen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Rückblick: Nach der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre wies Ungarn mehr als zehn Jahre einen dauerhaften, sich selbst tragenden **Aufschwung** mit permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent **Wachstum des BIP** pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen war bis 2004 ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits bis 2001 veräußert wurden. Wohl in keiner der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland, schon wieder von der Schließung bedrohte Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer **Arbeitslosenquote** über mancherorts weit über 20 Prozent kämpfen. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen und extreme Preisunterschiede auf dem Immobilienmarkt sind ein wichtiger Aspekt der mangelnden Mobilität des Faktors Arbeit. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Pick-Salami und Tokajer Wein nach wie vor stolz sind, sind Fertigung der B-Klasse für Mercedes, Audi-TT-Coupé, Elektronik und Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute.

Ungarn ist wegen der hohen Lohnnebenkosten und deutlich gestiegenen Reallöhne längst **kein Billiglohnland** mehr, muss aber den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum erst noch verstetigen. Zum wirtschaftlichen Aufschwung bis 2008 trugen auch die hohen Zuwächse bei den Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn mit seinen knapp 10 Mio. Einwohnern findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den fünfzehn bestplatzierten Ländern.

Doch abseits der weit fortgeschrittenen **institutionellen Konvergenz** und **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum, die auch durch ein enorm gestiegenes Handelsvolumen erklärt werden kann, wies die ungarische Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen Konvergenz auf. Keine Sorge bereitet nunmehr die früher deutlich höhere Inflationsrate. Heute erlebt Ungarn ähnlich wie im Euroraum gleichsam eine Nullinflation. Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Ungarn schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur **Übernahme des Euro** erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingstdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mittlerweile ca. 80 Prozent des BIP) sowie einer permanenten Verschlechterung der Leistungsbilanzposition in den Griff zu bekommen. Die Rezession hatte Ungarn fast sechs Jahre von 2007 bis 2013 fest im Griff. Erst ab 2014 konnte ein deutlicher Wachstumsschub mit hohen Wachstumsraten des BIP erreicht werden. Von der Einführung des Euro ist Ungarn nach Aussagen des Ministerpräsidenten Viktor Orbán noch „Lichtjahre“ entfernt. Überhaupt muss der Regierung der Wille abgesprochen werden, an der langfristigen Einführung des Euro festzuhalten.

Die **Arbeitslosenquote**, die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bei einem hervorragenden Wert von unter sechs Prozent lag, stieg bis Ende 2013 auf über 11 Prozent und zählte zwischenzeitlich zu den höchsten Arbeitslosenquoten in der EU. Die Gefahr einer gestiegenen strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei positiven Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, war durchaus gegeben. Mittlerweile konnte sowohl durch die Entwicklung des BIP-Wachstums sowie durch Abwanderung vieler Arbeitskräfte ins EU-Ausland die Arbeitslosenquote deutlich auf unter 7 Prozent gesenkt werden. Wirtschaftspolitisch steht Ungarn aber immer noch an einem Scheideweg zwischen Ankurlung des Wirtschaftswachstums oder dauerhafter Rezession und Abwanderungsdruck! Zwischen 2010 und 2016 sind mehr als eine halbe Million Ungarn dauerhaft aus Ungarn ausgewandert. Neben den reichen EU-Ländern gelten auch Nordamerika sowie Australien als Zielländer.

Die Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts (primärer Sektor „Landwirtschaft“, sekundärer Sektor „Industrie“, tertiärer Sektor „Dienstleistungen“) ähnelt der in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Besonders bedeutsam für die ungarische Volkswirtschaft ist der Strukturwandel in der verarbeitenden Industrie (z.B. Automobilzuliefererindustrie, Maschinenbau und Elektroindustrie). Sie zeichnete sich bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 durch eine **starke Exportorientierung** und eine der weltweit höchsten Produktivitätszunahmen aus. Vom Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 war Ungarn aufgrund der eigenen zerrütteten Staatsfinanzen besonders stark betroffen. Wegen des hohen Doppeldefizits (Leistungsbilanz und Staatshaushalt) und der hohen Verschuldung der privaten Haushalte, die zu erheblichen Teilen in Fremdwährungen erfolgte, erlitt der Forint gegenüber dem Euro erhebliche Kursverluste. Außerdem musste die Europäische Zentralbank Ungarn einen Swap in Höhe von 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, weil ungarische Banken die Vergabe von Devisenkrediten weitgehend eingestellt hatten. Nachdem auch der Markt für ungarische Staatsanleihen wegbrach, bat Ungarn den IWF um Hilfe. Im Oktober 2008 gab der IWF bekannt, Ungarn mit einem Rettungspaket zu unterstützen. Die Europäische

Union und die Weltbank beteiligen sich ebenfalls an dem Rettungspaket; insgesamt wurde Ungarn ein Kredit von knapp 20 Mrd. Euro gewährt, der Anfang 2014 vollständig getilgt wurde, jedoch um den Preis harter restriktiver Sparauflagen.

Das Land konnte trotz erheblicher Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben einige bedeutende Verbesserungen der Infrastruktur erzielen. So wurde beispielsweise Budapest als erste ostmitteleuropäische Hauptstadt an das westeuropäische Autobahnnetz angeschlossen. Ebenfalls nimmt Ungarn neben Tschechien die führende Stellung in Mittel- und Osteuropa bei der Verbreitung von Mobiltelefonen ein. Von 100 Ungarn/Ungarinnen besitzen 95 ein Handy/Smartphone bzw. 35 einen eigenen PKW. Sowohl das Eisenbahn- und das Straßennetz als auch die Energiewirtschaft werden bereits seit längerem modernisiert.

Bei der **Angleichung an EU-Normen** (Gesetze, Richtlinien und Verordnungen) wurden zwar große Fortschritte erzielt. Auch die Ratifizierung des **EU-Vertrags von Lissabon** brachte Ungarn als erstes der 28 EU-Länder auf den Weg. In der konkreten Umsetzung des **Acquis Communautaire** (Rechtsbesitzstand der EU) bestehen allerdings noch große Probleme, besonders im Bereich des Umweltschutzes (Filteranlagen, Kläranlagen etc.) und des Ausbaus einer effizient arbeitenden staatlichen Administration.

Ungarn in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Erneuter klarer Sieg der bürgerlich-nationalkonservativen Partei Fidesz und der rechtsextremen Partei Jobbik bei den Parlamentswahlen im April 2014 mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit für die neue, alte Fidesz-Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán
- Enormer Flüchtlingszustrom 2015; höchste Anzahl an Asylbewerbern EU-weit pro Kopf der Bevölkerung; Asyl- und Flüchtlingspolitik seit Frühjahr 2015 dominiert durch besonders drastische Maßnahmen der Abschottung und Abschreckung von Flüchtlingen
- Scharfe wirtschaftliche Rezession von 2008 bis 2013, zögerliche konjunkturelle Erholung ab 2014 mit mittlerweile stabilen hohen BIP-Wachstumsraten
- Mittlerweile erfolgreiche Bekämpfung des „Zwillingsdefizits“ – hohes Staatshaushaltsdefizit bei gleichzeitigem Leistungsbilanzdefizit (Importe > Exporte) und Senkung der Arbeitslosigkeit, allerdings verbunden mit Auswanderungswellen von Fachkräften in andere EU-Länder (Problem „Braindrain“)
- Umfassende Reform des Gesundheitswesens als weitere Hauptaufgabe der rechtskonservativen Regierung gefordert
- Langfristige Aufgabe → Überwindung der stark ausgeprägten regionalen Disparitäten „West-/ Ostungarn“ sowie des Abwanderungsdrucks

Wirtschaftsgeographie Ungarns

- **Regionen A:** Großraum Budapest, Westungarn (Győr, Sopron) – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und Fachkräftemangel, entwickelter Immobilienmarkt
- **Regionen B:** Balaton/Plattensee, Südwestungarn, Debrecen (Ostungarn) – Entwicklung durch Tourismus und neue Industrieansiedlungen, allerdings ausgeprägte saisonale Schwankungen, bereits signifikante Arbeitslosigkeit (insbesondere im Winter)
- **Regionen C:** Südostungarn – höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt, strukturelle Probleme sichtbar, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers angestrebt
- **Regionen D:** Nordostungarn – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, notleidende Industrien, erzwungene Abwanderung/Binnenmigration, unzureichendes Unternehmertum.